

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Köthen (Anhalt), 08.09.2016

über die 19. Sitzung des Bau-, Sanierungs- und
Umweltausschusses
öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum :	07.09.2016	Ort :	06366 K ö t h e n (A n h a l t)
Beginn :	18:30	Straße :	Wallstraße 1-5
Ende :	20:25	Raum :	Großer Sitzungsraum 217

Anwesende Mitglieder
lt. Teilnehmerliste :

(siehe Anhang)

Von der Verwaltung
waren anwesend :

Bernd Hauschild (OB)
Ina Rauer (Baudezernentin)
Frau Opitz (AL Amt 60)
Frau Töpfer (AL Amt 65/Stadtplanung)
Frau Albrecht (Umweltamt)

Außerdem waren
anwesend (Gäste) :

StR Scholz
MZ
4 Bürger zum TOP 1.1.

Tagungsleitung :

Uwe Klimmek/ab TOP 2.7 Adolf Tauer

Schriftführer :

Silke Cäsar

**Ausschussvorsitzend
er**

Dezernentin

Protokollführerin

Uwe Klimmek

Ina Rauer

Silke Cäsar

Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	Einwohnerfragestunde	-
1.2	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Gewerbegebiet Dohndorf-Löbnitzer Kreuz" in Köthen (Anhalt) - Ortsteil Löbnitz an der Linde hier: Abwägung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) - Abwägungsbeschluss	2016102/4
2.5	5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Gewerbegebiet Dohndorf-Löbnitzer Kreuz" in Köthen (Anhalt) - Ortsteil Löbnitz an der Linde hier: Satzungsbeschluss	2016103/4
2.6	Anhalt-Tourist-Info im Schloss Köthen	2016104/3
2.7	1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Köthen (Anhalt) zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Westliche Fuhne-Ziethen" und "Taube-Landgraben"	2016092/9
2.8	Herstellung zweier Wasserspeicher in Köthen (Anhalt), OT Baasdorf	2016096/2
2.9	Herstellung eines Wasserspeichers in Köthen (Anhalt), OT Arensdorf	2016095/2
2.10	Neubau Bürogebäude in Köthen (Anhalt), Brauhausplatz 6	2016107/1
2.11	Errichtung einer Kleinwindenergieanlage auf dem Gelände der Hochschule Anhalt	2016110/1
2.12	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.4	Brücke über die DB AG Strecke Magdeburg - Halle, km 55,660 bei Arensdorf Rückbau der Brücke ohne Anpassung der Oberleitungsanlage	2016113/1
3.5	Vergabe der Bauleistungen zur Herstellung dünner Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise in der Wolfgangstraße, Petersbergweg und Hohsdorfer Weg	2016111/1
3.6	Nachtragsleistungen für die Maßnahme „Grundhafter Ausbau Heinrich-Heine-Straße/ Mendelssohnstraße“ infolge Kontamination der Abbruchmaterialien	2016114/1
3.7	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-

Protokolltext

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.1 – Einwohnerfragestunde

Herr Jänicke aus der Rathenastr. 47 sprach erneut zum Thema Zufahrt zum Garagenkomplex vor und vermisste bisher eine Antwort von der Verwaltung. Sven Guttchen, Rathenastr. 49, verlas das gestern in einer Schlichtungsverhandlung erzielte Ergebnis. Der Flächeneigentümer Herr Krolopp ist bereit zu einem Flächentausch, so dass die Zufahrtsprobleme nicht mehr bestünden, wenn die Stadt die Kosten für die Vermessung u. a. trägt.

Frau Rauer führte aus, dass diesbezüglich eine Prüfung erfolgt und er in 2 Wochen von der Verwaltung eine Antwort erhält.

Zu TOP 1.2 – Beschlussfähigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ladung

StR Klimmek eröffnete die Sitzung des BSU und stellte die Beschlussfähigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest.

Zu TOP 2.1 – Niederschriftenbestätigung

Die Niederschrift des BSU letzte Sitzung – öffentlicher Teil – wurde bei 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen so bestätigt.

Zu TOP 2.2 – Informationen der Verwaltung

Frau Rauer informierte zu folgenden Fragen:

StR Müller kritisierte den Zustand einer Bank auf dem Friedhof Köthen. Die Bank wird im Winter neu aufgearbeitet.

StR Stößel fragte an, ob der Baulastträger Güterseeweg angefragt werden kann, noch die verbleibenden 250 m Radweg anzulegen.

Baulastträger ist der LK Anhalt-Bitterfeld. Dies ist nicht vorgesehen. Ebenfalls wurde die Verbreiterung der Verkehrsfläche Güterseeweg unter der Bahnbrücke abgelehnt. Nach derzeitigen Erkenntnissen wird die zu überspannende Weite der Brücke infolge technologischer Zwangspunkte um 1 m vergrößert.

StR Gahler fragte an, ob gegenüber der Tierarztpraxis in der Leopoldstraße ein Parkplatz errichtet wird, was bestätigt wird. Es entstehen 20 Stellplätze.

StR Tauer bat um Prüfung des Zustandes des Radweges in der Merziener Straße im Bereich Kaufland. Die Landesstraßenbaubehörde wurde informiert. Diese prüft nun, ob die Anordnung des Gehweges rechtmäßig ist. Sollte sie feststellen, dass sich aus der Verkehrsbelastung heraus eine Abordnung ergeben würde, wäre die Stadt unterhaltspflichtig. Es wird geprüft, ob die Verkehrszahlen ausreichen.

Der Bitte von StR Müller aus dem HA, Pläne zum Thema Anhalt-Info zu erhalten, wurde entsprochen. Es erfolgte eine Versendung durch das Ratsbüro.

StR Tauer bemängelte im HA das Verlegen der Oberleitung in der Merziener Straße in Klepzig und fragte nach, ob dies dem Stand der Technik entspricht. Das Bohrspülverfahren ist die schonendste Variante, um Leitungen auf Gehwegen mit Baumbestand unterzubringen. Das Verfahren kann in unterschiedlichen Tiefenlagen durchgeführt werden, so dass die Baumwurzeln nicht zu Schaden kommen. Das Verfahren war genehmigt.

Zur Anfrage im HA zum Dirlpark, ob die Firma Frigga Rosenkranz bauvorlageberechtigt ist, ist zu sagen, dass dem nicht so ist. Der Bruder von Frau Rosenkranz ist dies jedoch und würde die Bauvorlagen unterzeichnen.

Die bemängelte Vorlage Lieferung eines Winterdienststreuers hätte in der Form nicht öffentlich erfolgen müssen, da die Namen der Bieter genannt waren.

Zu TOP 2.3 - TO

StR Klimmek stellte den Antrag, die TOPs 2.4 und 2.5 gemeinsam abzustimmen.
Die Vorlage Wasserspeicher OT Arensdorf wird zurückgezogen.

Die Tagesordnung öffentlicher Teil wurde in geänderter Form einstimmig angenommen.

Zu TOP 2.6 – Anhalt-Info

Frau Rauer erläuterte die Vorlage. Ziel ist es, Barrierefreiheit zu erreichen und einen ansprechenden Empfangsbereich für die Gäste zu schaffen. Sie erläuterte den damaligen Masterplan zum Schloss und wie es machbar ist, die 7 Höhenebenen, die vor Ort existieren, zu überwinden, mittels 2 Fahrstühlen und Schrägen. 1 Aufzug wird durch die Stadt gebaut. Der Ferdinandsbau ist noch nicht von der Planung erfasst, weil dieser eher einer kommerziellen Nutzung zugeführt werden soll. In einem der nächsten Ausschüsse wird die Aufgabenstellung für den Architektenwettbewerb eingebracht, in der auch eine finanzielle Grenze definiert werden muss. Für den Bau und die Planung werden Fördermittel beantragt. Demnächst findet ein Gespräch mit einem zuständigen Mitarbeiter beim Wirtschaftsministerium statt.

StR Maaß bat im Vorfeld der anstehenden Ausschusssitzungen noch um eine gesonderte Beratung zum Thema, um bei allen Stadträten die noch offenen Fragen zu klären, da die Meinungen dazu sehr auseinandergehen. Daran sollten auch Herr Schuster und Herr Böldeker vom Landkreis teilnehmen.

StR Heeg stand im Namen der CDU-Fraktion hinter der Vorlage, da dies architektonisch sinnvoll und funktionell ist und einen ansprechenden Empfang von Gästen sichert. Der erwähnte Balkon in der Vorlage greift jedoch in den Architektenwettbewerb ein, es sollte mit „Aussicht“ bezeichnet werden.

StR Müller war nicht klar, warum nicht zunächst das Schloss saniert wird und man sich stattdessen einem Neubau widmet. Woher soll ohne Haushalt das Geld genommen werden? Wer finanziert den fehlenden Fahrstuhl im Schloss? Die Stadt will das Grundstück per Erbbaupachtvertrag übernehmen. Wer trägt die Folgekosten, wenn das Schloss teurer wird? Wie werden diese Kosten abgefangen? StR Müller ist der Meinung, dass die in der Konzeption genannten Zahlen von Herrn Schuster nicht stimmen, z. B. was die Zuschüsse betrifft. Ob der Verkauf von Objekten ausreicht für die Finanzierung weiß keiner.

Herr Hauschild erklärte dazu, dass das Schloss zum Teil saniert wird. Im Herbst erfolgt eine Dachinstandsetzung und die statische Ertüchtigung für den Fahrstuhl. Es sollen Garagenkomplexe an die WGK verkauft werden zur Finanzierung. Da die Stadt keinen bestätigten Haushalt hat, kam diesbezüglich auch von der Kommunalaufsicht ein Hinweis, dass der Beschluss über die Haushaltssatzung 2016 auf der Grundlage des § 146 Abs. 1 KVG LSA beanstandet wird. Der Stadtrat muss entscheiden, ob er diesen Beschluss mittragen wird. Bei der Erstellung des Leistungsverzeichnisses muss genau hingesehen werden, dass die Kosten fixiert werden. Herr Schuster ist sicher bereit, die Zahlen in der gesonderten Beratung, die dann im Veranstaltungszentrum stattfinden sollte, näher zu erläutern. Es wird auch eine gemeinsame Betrachtung hinsichtlich der Vertragsgestaltung

erfolgen müssen. Der GmbH-Vertrag der KKM steht in einer Beratung demnächst zur Diskussion; der Landkreis sollte daran teilnehmen. Herr Böddeker befindet sich bis zum 4.10. im Urlaub. Wenn es zu einer gemeinsamen Veranstaltung vor den Ausschüssen kommen soll, muss das Prozedere festgelegt werden.

StR Müller wollte wissen, ob das Gerücht stimmt, dass eine zweite GmbH der WGK gegründet werden soll, um Folgekosten aufzufangen.

Herr Hauschild verneinte dies. Man wird im GmbH-Vertrag die Anteile regeln – eine Variante ist: 50 % Landkreis, 40 % Stadt, 10 % WGK. Die Zuschüsse oder Ausgleichszahlungen werden festgelegt. Dies ist ein Beschluss, den der Stadtrat fassen wird sowie der Kreistag und wie man aufeinander zugehen wird.

StRn Beneke-Bädelt äußerte sich im Namen ihrer Fraktion positiv zur Vorlage. Im Hauptausschuss wurde dazu schon einiges gesagt. Die Informationen daraus sollten von dort in die Fraktionen getragen werden. Sie sprach sich für einen offenen Sozial- und Kulturausschuss zum Thema aus.

StRn Schmidt sprach sich im Namen ihrer Fraktion bejahend aus und dass dort alle Fragen geklärt sind. Anhand eines Beispiels, legte sie dar, dass die Besucher von kulturellen Veranstaltungen auf eine Barrierefreiheit regelrecht warten.

StR Arndt hielt die Aussage der KKM zu den Gesellschaftsanteilen in der Stellungnahme, die Bestandteil der Vorlage ist, für unglücklich. Dies hätte mit dem Beschluss an sich nichts zu tun. Dies sollte nach seiner Ansicht abgekoppelt werden von der Vorlage.

Herr Hauschild bemerkte, dass es im HA gefordert war, dass man dies gemeinsam betrachtet aus steuerrechtlichen Gründen, obwohl es sicher nicht unmittelbar mit der Vorlage etwas zu tun hat.

StR Scholz macht seine Zustimmung zur Vorlage davon abhängig, ob der Landkreis mit im Boot ist und die Haushaltsfragen geklärt sind. Er steht dem Sachverhalt ebenfalls wohlwollend gegenüber.

Herr Hauschild führte nochmals aus, dass es vom Landkreis bisher ein „Nein“ gab, weil die Stadt bisher nicht die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit begründet hat, dass das Vorhaben 2016 beginnen soll. Die Stadt erfährt durch das Vorhaben einen Mehrwert und handelt im Sinne des Schlosses und ihrer musealen Einrichtungen, was er jüngst bei einer Ausstellungseröffnung im Schloss wieder bestätigt bekam. Die Barrierefreiheit ist Grundvoraussetzung für den Fortbestand der Museen.

StR Scholz betonte, dass die Stadt aber kein Eigentümer ist, sondern die Stiftung.

Herr Hauschild erläuterte, dass durch den Erbbaupachtvertrag die Stadt die Fläche, wo die Anhalt-Info errichtet werden soll, erhält. Nähere Ausführungen stehen dazu in der Vorlage. Alle Probleme, die noch bestehen, sind in der Vorlage aufgeführt. Vor Klärung der Probleme kommt kein Start zum Vorhaben.

Frau Rauer merkte an, dass viele Partner, wie Stadt, Stiftung, KKM zusammen arbeiten müssen, um mehr Besucher in die Museen ziehen zu können. Der GmbH-Vertrag wird ebenfalls vom Stadtrat beschlossen werden, so dass man nicht befürchten muss, dass Informationen am Stadtrat vorbei gehen.

StR Maaß führte aus, dass die Stadt den kleinsten finanziellen Anteil zu tragen hat. Es soll

keiner sagen, dass er nicht die Chance hatte seine bestehenden Fragen zu klären. Gerade Mitglieder aus der CDU-Fraktion haben ihn dazu angesprochen, dass eben nicht alles klar sei. Wichtig sei die Zusammenarbeit mit dem Kreis und eine sinnvolle Nutzung unterzubringen, dass die Stadträte das in 5 Jahren nicht vorgehalten bekommen.

StR Klimmek verließ die Sitzung und übergab die Leitung der Sitzung an StR Tauer.

Zu TOP 2.7 – 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Köthen zur Umlage der Verbandsbeiträge

Frau Rauer gab Erläuterungen zur Vorlage.

StR Arndt hat prinzipiell aus demokratischen Gründen ein Problem mit unterschiedlichen Regelungen innerhalb eines Einzugsbereiches.

StR Heeg hat den Eindruck, dass sich alles reduziert, nur der Erschwerungsbeitrag steigt.

Frau Albrecht vom Umweltamt informierte, dass dieser Beitrag im Bereich Fuhne-Ziethen sinkt und im Bereich Taube-Landgraben steigt, da 8000 Einwohner im Bereich Fuhne-Ziethen zu berücksichtigen sind und im Bereich Taube-Landgraben nur 700. Dort sind aber die Kosten gestiegen. Darum erfolgt eine Erhöhung.

StR Scholz kritisiert, dass die Beiträge steigen, aber ein Arbeiten an den Gewässern nicht offensichtlich ist in den letzten 10 Jahren im Bereich der Ziethen.

Frau Albrecht gab zu bedenken, dass der Unterhaltungsverband sich um 600 Gewässerkilometer zu kümmern hat und er außerdem an naturschutzrechtliche Zeiten gebunden ist. Auf jeden Fall ist er 1 x im Jahr zur Gewässermaße tätig auch im Bereich der Ziethen. Alle 3 Jahre erfolgt eine Schlammberäumung.

Zu TOP 2.8 – Herstellung zweier Wasserspeicher in Baasdorf

Frau Rauer erläutert die Vorlage.

StR Heeg fragt nach, ob die Becken mit Fischen besetzt werden, um einen übermäßigen Insektenbesatz auszuschließen, was von der Verwaltung aufgrund der Schlammbelastung verneint wurde.

StR Scholz hatte die gleiche Sorge, dass die Einwohner von stechenden Insekten belästigt werden. Man könne die obere Wasserschicht auch mit Pflanzenöl versiegeln.

StRn Schmidt empfindet es als positiv, dass der Betrieb das Wasser nutzen will, ehe man ständig auf Frischwasser zurückgreift. Da die Baasdorfer Anwohner damit scheinbar kein Problem haben, sollte man zustimmen.

Zu TOP 2.11 – Errichtung einer Kleinwindenergieanlage auf dem Gelände Hochschule

Frau Rauer macht nähere Ausführungen.

StR Gahler hielt die Regelung der Abstandsflächen als nicht gewahrt an. Die Geuzer Straße wäre 140 m entfernt, das Wohnheim 112 m. Er hielt den Scherbelberg für geeigneter.

Frau Rauer stellte zu bedenken, dass man der Hochschule nicht jede innovative Idee versagen kann. Wenn sich die Fläche außerhalb der Hochschule befindet, stellt das ein Betreuungsproblem dar für die Anlage. Es muss ein Container für Anlagen- und PC-Technik gestellt werden. Mit dieser Variante hätte die Hochschule alles auf ihrem Gelände.

StR Müller fragte, ob man das mit den Anwohnern abgesprochen hat.

Frau Rauer informierte, dass es diese dort nicht gibt und wenn Klagen kommen, wird dies das Bauordnungsamt der Stadt oder des Landkreises zu regeln haben.

StRn Schmidt stellte die Frage nach der Betriebsdauer des Windrades, welche der Stadt aber nicht bekannt ist.

Herr Hauschild merkte an, dass es sich hier um eine Informationsvorlage handelt. Die Entscheidung liegt bei ihm.

StR Scholz war der Auffassung, dass man sich überall an geltende gesetzliche Regelungen zu halten hat, warum hier nicht.

Frau Rauer führte aus, dass diese Abstandsregelungen für große Windanlagen erlassen wurden. Die Prüfung im Baugenehmigungsverfahren erfolgt. Heute ist nur über die planungsrechtliche Zulässigkeit zu entscheiden.

Zu TOP 2.12 – Anfragen und Anregungen

Frau Schablowski fragte, wann die Straße Am Hubertus repariert wird.

Frau Töpfer gab bekannt, dass diese vorerst nicht in der Planung ist. Lediglich der Kreuzungsbereich wird ausgebessert.

StR Arndt wollte zur Diskussion in der Presse zum Thema Gelbe Säcke wissen, ob man nicht auf Gelbe Tonne umstellen könne und ob nicht in Bernburg statt in Magdeburg entsorgt werden kann.

Hier sind die Kreiswerke Ansprechpartner. Die Stadt ist dafür nicht zuständig

StR Arndt wollte wissen, ob in der Langen Straße in den leer stehenden Häusern einen Eigentumswechsel gab. Leider konnte keine Hausnummer angegeben werden. Hier werden konkretere Angaben von der Verwaltung benötigt.

Weiterhin erfragte StR Arndt, ob die Lelitzer Straße eine Zubringerstraße zur B 6 n ist, was für den Abschnitt B 6 n bis Straße An der Rüsternbreite bejaht wurde.

StR Gahler war bekannt, dass bei einer Pumpe im Ratswall die Uhr steht seit einiger Zeit und es weitere 2 Pumpen ohne Uhr gibt. Zahlt die Baufirma für das abgepumpte Wasser?

Frau Rauer verwies an den Abwasserverband.

StR Gahler stellte die Frage, ob 1 Baufirma für 2 Baumaßnahmen in diesem Bereich gleichzeitig verantwortlich ist, weil 3 Bauarbeiter von einer Stelle zur anderen pendeln und dann natürlich auf der anderen Baustelle nichts passiert. Wann ist der Endtermin für die Baustellen?

Frau Rauer merkte dazu an, dass die Baufirma aber einen Endtermin hat, an den sie sich halten muss. Der Endtermin konnte von der Verwaltung nicht genannt werden, wird aber ermittelt.

StR Maaß wollte zu den Bauarbeiten Heinrich-Heine-Straße/Freiligrathstraße Ausführungen von der Verwaltung haben, weil das Thema bei den Anwohnern für Ärger gesorgt hat.

Frau Rauer war der Auffassung, dass 14 Tage eine zumutbare Zeit für die Anwohner sind, wenn sie ihre Grundstücke nur fußläufig erreichen. Andere Baustellen dauern mehr als ein halbes Jahr.

Frau Töpfer erläuterte die Regelungen, die getroffen wurden, um die Ärgernisse abzumildern (provisorische Abfahrt über Fr.-Ludwig-Jahn-Straße, WGK hat Privatstraße zur Verfügung gestellt. Die Anwohner zeigten sich damit zufriedengestellt.

StR Heeg wies auf die Veranstaltung am nächsten Dienstag, 16.30 Uhr mit dem Forst in der Fasanerie hin.

StR Tauer informierte, dass die Baustelle der enviaM in Klepzig seit 3 Wochen ruht.

StRn Beneke-Bädelt war aufgefallen, dass in der Kleinen Wallstraße keine Bänke mehr stehen.

Frau Rauer informierte, dass dies der Eigentümer der privaten Straße entschieden hat.

Ende öffentlicher Teil – 20 Uhr